

D3NEU4 Verbesserungen angehen & weiterfordern - Blick in den Koalitionsvertrag

Antragsteller*in: Linus Mach (CampusGrün Münster)
Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Der am 24. November vorgestellte Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die
2 Grünen und SPD will "Mehr Fortschritt wagen". Vieles darin ist kritisierbar, zu
3 wenig progressiv und hinter dem geblieben, was wir uns für die neue
4 Bundesregierung gewünscht haben und angesichts der derzeitigen Krisen notwendig
5 wäre. Im Bildungs- und Hochschulbereich finden sich dennoch einige erfreuliche
6 Ziele, von denen Studierende und Hochschulen unmittelbar profitieren können. Wir
7 begrüßen die angestrebten Maßnahmen und Änderungen im Vertragstext und erhoffen
8 uns eine rasche und effiziente Umsetzung.

9 Soziale Absicherung & Unterstützung

10 Eine Reformierung des BAföG ist absolut wichtig und notwendig, damit Studierende
11 unkomplizierter auf ein stabiles finanzielles Fundament bauen können. Die
12 Erhöhung der Freibeträge sowie die Auszahlung eines elternunabhängigen
13 Garantiebetrags sind hierfür wichtige erste Schritte. In Verbindung mit der
14 Anhebung der Altersgrenze, einem leichteren Studienfachwechsel sowie einer
15 längeren Förderhöchstdauer kann das BAföG zumindest etwas mehr dem gerecht
16 werden, was Studierende als finanzielle Absicherung brauchen - denn das Studium
17 geht nicht immer nur geradeaus und beginnt nicht immer unmittelbar nach der
18 Schule. Mit dem Starterstipendium und den neuen Zuverdienstmöglichkeiten für
19 junge Menschen aus Bedarfsgemeinschaften werden Einige es leichter haben, ein
20 Studium zu beginnen.

21
22
23
24
25
26
27
28

29 Die angestrebte Anhebung der Bedarfssätze des BAföG vor dem Hintergrund
30 steigender Wohn- und Lebenskosten ist überfällig - hier setzen wir auf eine
31 schnelle Umsetzung und auch eine kontinuierliche Anpassung, die den
32 Lebensrealitäten von Studierenden entspricht. Ebenso ist eine Vereinfachung und
33 Digitalisierung der BAföG-Beantragung nötig und wir erhoffen uns von einer guten
34 Umsetzung eine Erleichterung und kürzere Wartezeiten für Antragsteller*innen.

35 Auf lange Sicht muss aber eine vollumfassende Reform des BAföG angestrebt
36 werden, die eine volle Ausfinanzierung des Studiums für alle gewährleistet - ein
37 zeit-, eltern- und altersunabhängiger Vollzuschuss kann finanzielle Hürden zur
38 Aufnahme eines Studiums nachhaltig abbauen.

39 Insbesondere die Covid-Pandemie zeigt, wie essentiell eine finanzielle
40 Grundsicherung für Studierende ist. Doch auch darüber hinaus wurde ersichtlich,

41 an welchen Stellen Studierende Unterstützung bedürfen: Im sozialen und
42 psychologischen Bereich erwarten wir über die von den Koalitionsparteien
43 gesetzten Zielen hinaus die Förderung eines adäquaten Beratungsangebot, damit
44 Studierenden egal in welcher Lebenslagen keine unnötigen Hürden in den Weg
45 gestellt werden.

46 **Wohnen**

47 Der Plan der Ampel-Koalition eines Bund-Länder-Programms für studentisches
48 Wohnen ist prinzipiell begrüßenswert. Doch hier kommt es aus unserer Sicht auf
49 eine schnelle Umsetzung an, da Wohnraummangel und explodierende Mieten
50 insbesondere in den größeren Hochschulstandorten Realität sind und die Wohnungs-
51 oder WG-Suche zu oft erfolglos bleibt oder mit zu hohen finanziellen Belastungen
52 verbunden ist. Wohnen darf kein Privileg sein und muss durch entsprechende
53 Förderung vom Bund für Studierende bezahlbar gewährleistet werden!

54 **Forschung, Wissenschaft & Internationales**

55 Gute Lehre muss mit guter wissenschaftlicher Forschung an Hochschulen
56 einhergehen. Die angestrebte Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die
57 Reformierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie mehr Planbarkeit für
58 Post-Docs sind dafür wichtige Ansätze. Auch wenn die direkten Zuständigkeiten
59 zumeist bei den Landesregierungen liegen, dürfen die zumeist prekären
60 Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften (SHKs) nicht außer Acht
61 gelassen werden. Die tarifliche Absicherung von SHKs sollte daher auch von
62 Seiten der Bundesregierung unterstützt werden. Wir stellen uns hinter die
63 Forderungen von TVStud nach existenzsichernden Löhnen, Mindestvertragslaufzeiten
64 und der Einhaltung minimaler Arbeitnehmer*innenrechte für SHKs!

65 Wissenschaft, Forschung und Studium passieren global und international. Wir
66 hoffen daher, dass die Bundesregierung wie im Vertragstext angekündigt auch
67 international Position bezieht, ohne jedoch moralisch zum Boykott aufzurufen,
68 sowie für eine freie Wissenschaft und Lehre einsteht, wenn diese etwa durch
69 repressive Regierungen eingeschränkt und bedroht werden.

70 Auslandserfahrung und Studieren an einem anderen Ort als der eigenen deutschen
71 Hochschule stellen eine wertvolle Erfahrung dar, die aufgrund hoher Kosten und
72 Zugangshürden einer umfassenden Unterstützung bedarf. Eine Stärkung von Erasmus+
73 begrüßen wir, doch aus dem Koalitionsvertrag bleibt unklar, wie dies geschehen
74 kann.

75 **Solide Ansätze, große Aufgaben**

76 Insgesamt beinhaltet der Koalitionsvertrag wünschenswerte Ziele im Hochschul-
77 und Wissenschaftsbereich, die z.T. grundlegender struktureller Veränderungen
78 bedürfen, damit aber auch positive Ergebnisse und Erleichterungen für
79 Studierende vor Ort bringen können.

80 Campusgrün als Bundesverband möchte diesen Weg kritisch begleiten, bei
81 mangelnder Umsetzung nachhaken und sich so einbringen, dass tatsächliche

82 Verbesserungen für Studierende erreicht werden. Dazu streben wir eine enge und
83 gute Vernetzung mit den jeweiligen Fachpolitiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen
84 an.

85 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat in jedem Falle große
86 Aufgaben vor sich - und wir durch die FDP besetzt. Neoliberale Forderungen und
87 Ansichten der FDP dürfen nicht die bildungs- und wissenschaftspolitische Arbeit
88 auf Bundesebene prägen. Es kommt nun auf eine gute und zielgerichtete Umsetzung
89 der Vorhaben an.

Begründung

Zur Bundesmitgliederversammlung ist angesichts des vorgestellten Koalitionsvertrages der Ampelparteien und der bald neuen Bundesregierungen ein kritischer Blick in die Inhalte des Vertrages wünschenswert. Der Antrag soll dazu als Diskussionsgrundlage dienen.

Die eigentliche inhaltliche Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Maret Speemann (CampusGrün Münster)